

BRONSKIS WOCHE

Haben Sie Lust auf ein Ratespiel nach jener Art, die ich oft in unserer geschätzten Rubrik „Sorry“ mache? Gesucht wird die Antwort auf folgende Frage:

Was ist die Zukunft?

Mehrere Antworten sind möglich.

Ist die Zukunft:

A) stürmisch (Stichwort Klimawandel);

B) sowieso immer das, was man nicht braucht, denn so wie es ist, ist es gut;

C) weiß nicht, vielleicht lebe ich dann nicht mehr;

D) mir egal;

E) digital.

Schwierig, nicht wahr? Ich persönlich tendiere zu C) als jemand, der gerade 60 Jahre alt geworden ist.

Aber da Mehrfachnennungen erlaubt sind und es hier nicht um mich geht, würde ich mit ein bisschen Abstand von mir selbst mit A) und E) antworten. E) ist allerdings lästig. E) bedeutet, dass man lernen muss. Dieser ganze digitale Kram!

Er wird immer mehr, ohne dass man gefragt wird. Ständig was Neues, immerzu muss man sich zu-rechtfinden! Jetzt auch noch künstliche Intelligenz! Was soll das? Und die BahnCard nicht mehr auf Plastik! Reden wir über die E)-Zukunft:

frblog.de/digital

Ihr Bronski

Wir haben immer Wichtigeres zu tun als Klimaschutz

Zu: „Globaler Protest zum Handeln“, FR-Klima vom 21. Juni, und zu: „Solarwatt macht dicht“, FR-Wirtschaft vom 12. Juni

Schöne Aussichten für unseren „Wohlstand“

Das Klima wird zwar stets mehr und mehr bedroht, aber wir leben ziemlich sorglos, wie bisher. Wir protestieren für eine aufblühende DHL (Paketzustellung), damit wir ohne Einschränkungen unsere Päckchen erhalten können, auch wenn man auf Arbeit ist. Den Nachtflugverkehr nehmen wir kritiklos in Kauf, nur um die Gesellschaft „vollversorgen“ zu können. Wir gehen nicht konform mit der Notwendigkeit, uns einzuschränken – dem Klima zuliebe. Firmen bedienen die Menschen im Übermaß und machen ihre Geschäfte und Profite auf eine Art, bei der Schuldige nicht unmittelbar auszumachen sind. Wir sind alle in unserer Sorglosigkeit mitschuldig. Hitzewallungen in Städten und Meer durch Klimaveränderung kümmern uns zu wenig. Die, die sich festkleben für die Klimabewahrung verfolgen wir mehr und mehr straf- und zivilrechtlich. Schöne Aussichten für unseren „Wohlstand“

Oskar Voigt, Frankfurt



Was lebt in unseren Gärten? Mehr zur Serie, an der Sie sich mit Fotos und Rat beteiligen können: frblog.de/bronskis-garten BRONSKI

Klimaschutz bedeutet Verzicht

Es ist ein Phänomen. Alle Menschen wollen etwas für den Klimaschutz tun, theoretisch. Praktisch ist das Gegenteil der Fall, dessen ist sich der Mensch aber nicht bewusst. Sobald dieses „Klimaschützen“ in die Politik getragen wird und etwas passieren soll, ist Schluss. Zu besichtigen an Hand der Grünen, die von Politikern aller Couleur, vor allem Merz/Söder, verteufelt wurden. Weswegen eigentlich? Heizungsgesetz? Wärmepumpe? Dieses Stück reine Schizophrenie kostete die Grünen 50 Prozent ihrer Stimmen. Die von der UN festgestellte Zustimmung für mehr Klimaschutz gaukelt eine Haltung vor, die so nicht stimmt. Denn Klimaschutz bedeutet Kosten, Einschränkung, Verzicht. In der Politik werden die Kräfte, die Klimaschutz betreiben wollen, aktiv als grüne Spinner und ähnliches bezeichnet. Wirtschaft und

Wachstum sind das Credo – das ist aber auch das, was das Klima kaputt macht. Es ist unsere Art zu wirtschaften und zu leben, die zum Klimawandel geführt hat. Der globale Appell zum Handeln ist eine Luftnummer, Schizophrenie pur, man kann es kaum glauben. Jürgen H. Winter, Schöneck

Zwischen unserem Handeln und Leben klafft eine Lücke

Kurz nach der Europa-Wahl vor zwei Wochen hieß es fast unisono, die Gründe für das schlechte Abschneiden der Grünen seien, dass aktuell den Menschen andere Themen als Klimaschutz wichtig sind (Frieden). Jetzt ist es anscheinend ganz plötzlich wieder umgekehrt, so legt es zumindest die Titelseite der heutigen FR (21.6.) nahe. Woher der plötzliche Sinneswandel? Durch die Überschwemmungen in Süddeutschland? Längst Schnee von gestern. Natürlich: Umfragen haben ergeben, dass mindestens 80

Prozent der Menschen dafür sind, dass ihre Regierung mehr gegen den Klimawandel unternehmen müsse (in Deutschland überwältigende 67 Prozent). Hatten wir das nicht schon mal? Da war doch was mit diesem verfluchten Heizungsgesetz? Da hat der Habeck allerdings etwas gründlich missverstanden. Wir sind alle dafür, dass die Regierung etwas unternimmt und nicht wir! Dafür haben wir sie ja schließlich und wählen am liebsten die, die sagen, dass sie sich kümmern werden, aber ohne uns wehzutun oder zu belästigen. Schließlich haben wir Wichtigeres zu tun. Eine kürzlich von mir organisierte Veranstaltung zu diesem Thema war ausgesprochen mickrig besucht. Das Thema „Klimaschutz“ könne doch keiner mehr hören, kam mir da als Begründung zu Ohren.

Gestern berichtete die FR über Nachhaltigkeit bei Lebensmitteln. Fast 80 Prozent finden das wichtig, sagen sie. Knapp 25

Prozent kaufen entsprechend ein. Ein „mind-behavior-gap“. Zwischen dem, was in Umfragen behauptet wird, und dem Handeln im wirklichen Leben klafft ein riesengroße Lücke.

„Eine Bundesregierung, die das tun würde, was für konsequenten Klimaschutz nötig wäre, müsste bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten“ (Zitat v. Andreas Niesmann, FR). Hier wird eine unangenehme, uneingestandene Wahrheit ausgesprochen. Vordergründig sind wir natürlich fast alle für Klimaschutz (Klimaleugner mal ausgenommen). Sobald wir merken, dass es uns was kostet, dass wir dafür selbst etwas tun oder lassen müssten, ist es aber sehr schnell vorbei damit. So lange wir, und das gilt auch für alle anderen Bereiche, nicht endlich ehrlicher zu uns selbst und anderen werden und nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wird es wohl nichts werden mit dem Klimaschutz. Ehrlich!

Harald Reinemer, Bad Vilbel

Die Wetterereignisse sind kein Zufall

Die Klimakrise hat nicht erst jetzt mit erreichten 1,5 Grad Erd-erwärmung begonnen. Die extremen Wetterereignisse in Europa mit Überschwemmungen und Hitze sind kein Zufall. Die dadurch verursachten Klimaschäden an Häusern, Straßen, Felder und Wiesen hinterlassen einen hohen Finanzbedarf für Reparatur und den Ausgleich für Einkommensverluste in hunderten von Millionen Euro. Mit der Schuldenbremse ist das akut nicht mehr zu bewältigen.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Was Philipp Rösler konnte, kann FDP-Lindner längst

Während der Merkel-Regierung wurde die führende Solarindustrie schon einmal abgewürgt. Da sagt sich Finanzminister Lindner: „Das kann ich auch!“ und legt sein Veto ein, als es um Hilfen für die Solarindustrie geht. Also doch nicht so weit her mit der vielzitierten Technologieoffenheit. Fritz Brehm, Frankfurt

Wem Respekt gebührt

Zu: „Habeck redet Klartext“, FR-Wirtschaft vom 24. Juni

Im Artikel über die Anstrengungen des Wirtschaftsministers, mit der chinesischen Regierung über die EU-Zölle auf chinesische E-Autos zu verhandeln, wird die Arbeit Robert Habecks in einem erfreulich positiven Licht dargestellt. Ich nehme das zum Anlass, mich zu einem Thema zu äußern, das mich bewegt: Tatsächliche und vermeintliche Schwächen und Versäumnisse unserer Politiker werden lautstark beklagt. Die positiven Aspekte ihrer Arbeit werden viel zu wenig gewürdigt.

Damit wird den meisten Politikern Unrecht getan, weil sie keinen Achtstundentag und keine freien Wochenenden haben und ernsthaft bestrebt sind, eine vernünftige Politik zum Wohle der Bevölkerung zu machen. Robert Habeck, der für Deutschland und Europa in China unterwegs ist, ist ein Beispiel. Anna-Lena Baerbock, die sich in der Ukraine und im Nahen Osten für Frieden und weniger Leid einsetzt, ein weiteres.

Wer Politikerschelte betreibt und nach einfachen Lösungen und starken Führern ruft, der hat nicht begriffen, was Demokratie bedeutet: Die Freiheit und Lebensqualität, die es nur in demokratischen Systemen geben kann, bekommt man nicht geschenkt. Politikern, die in einer immer komplizierter werdenden Welt um Kompromisse ringen, weittragende Entscheidungen treffen und dafür Verantwortung übernehmen, gebührt Respekt. In Demokratien wird jedem Bürger etwas abverlangt: Erstens, dass es keine einfachen Lösungen geben kann; zweitens, dass sich jeder nach seinen Möglichkeiten am demokratischen Prozess beteiligen sollte. Sonja Hartung, Waldsolms

Deutsche Firmen werden vom Ausland gekauft

Zu: „Ob Fregatte oder U-Boot“, FR-Wirtschaft“ und „Novalgin“: „Produktion eingestellt“, FR-Wirtschaft vom 19. Juni und FR-Region vom 22. und 24. Juni

Investoren stehen bereit

Da soll TKMS (hidden champion, weltweit führendes Marine-Unternehmen) verkauft werden. Ein amerikanischer Investor stehe bereit. Sollte nicht nach dem Verkauf des Roboterherstellers Kuka an eine chinesische Firma 2016 (!), in Analogie zu einer seit Jahrzehnten (!) existierenden Liste der USA, eine entsprechende Aufstellung für deutsche Firmen erfolgen, die nicht (!) an Ausländer verkauft werden dürfen? Muss ich annehmen, dass es sich bei der damaligen Ankündigung um warme Luft handelte? Auch wenn es schmerzt, hatte Thilo Sarrazin, im übertragenen Sinn, mit seiner

Buch-Klage „Deutschland schafft sich ab“ etwa recht?

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Auf Importe aus China angewiesen

Politiker aller Couleur postulieren, dass unsere Abhängigkeit von China reduziert werden soll. Der umgekehrte Weg wird soeben bei der Versorgung mit dem am zweitmeisten verordneten Schmerzmittel Novalgin besprochen. Der Pharmakonzern Euroapi schließt die einzige Produktionsstätte in Europa in Frankfurt-Höchst. Danach wird Europa vollständig auf Importe aus China angewiesen sein. Die Zahlen in den Presseartikeln nennen

Verkaufspreise einer Packung Novalgin in der Apotheke in Höhe von zwölf Euro, wovon der Hersteller im Schnitt nur 29 Cent erhalte. Die Firma beklagt sich entsprechend, dass Novalgin derzeit nicht den Preis auf dem Markt erzielt, um kostenneutral zu produzieren, Euroapi müsse bei jeder verkauften Tonne zututtern.

Die letzten Engpässe bei der Versorgung von Fieber- und Hustensaften für Kinder liegen noch nicht lange zurück und führten vor einem Jahr zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Lieferengpass-Bekämpfung und Versorgungsverbesserung. Damit sollten europäische Produzenten gestärkt werden durch die Verpflichtung der Krankenkassen,

bei ihren Rabattverträgen Hersteller mit Wirkstoffproduktion in der EU zusätzlich zu berücksichtigen. Diese gesetzliche Regelung gilt jedoch zunächst nur bei Antibiotika. Im Schmerzmittelbereich muss die Lernkurve erst komplett neu durchlaufen werden. Nur mit einer Berücksichtigung bei Rabattverträgen, wie es das Gesetz vorsieht, wird es allerdings nicht gelingen, die Produktion in der EU zu halten. Wenn bei einem Verkaufspreis von zwölf Euro nur 29 Cent beim Hersteller landen, stimmt etwas im System nicht. Da muss der Gesetzgeber in das Gefüge eingreifen, in dem der große Brocken des Verkaufspreises verbleibt. Reiner Conrad, Rodgau